

Erscheint vierzehntägig

V. b. b.

**PROLETARIER ALLER LÄNDER
VEREINIGT EUCH!**

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

(OPPOSITION)

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119.471

Redaktion und Administration:
XVI, Kirchstätterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

August 1931

5. Jahrgang, Nr. 82

Ein Faschistenflugblatt!

STALIN'S des Diktators
Sowjet-Rußlands
**Schwengung zum
Nationalen
Sozialismus!**

!Hört Arbeiter
Handwerker
Sozialdemokraten
Kommunisten
Gewerkschafter
aller Farben und
Schaffungen!

Der ehemalige Kommunistenführer **EHN**
spricht
Sandwirtsaal, Griesg., 12. Aug., 20^h
Regelbeitrag 30 g Arbeitslose 10 g
Verleger, Herausgeber und verantwortlich: O. Eibl, Graz, Redten-
bacherstraße 81. Druck: Alexander Bauer, Graz, Annerstraße 19

Mit diesem Flugblatt werben die Nationalsozialisten in Graz. Arbeiter! Kommunisten! Erkennt das nationalsozialistische Gesicht des Stalinismus!

Der Reichtum der Kirche

Die Kirche besitzt in Oesterreich 300.000 Hektar Boden. Ihr gehören eine ganze Anzahl von Betrieben (Brauereien und dergleichen), sie hat einen riesigen Besitz an Wertpapieren, Aktien und dergleichen. Ihr gehören viele tausende Häuser. Außerdem besitzt sie ungeheure Summen an Bargeld, Edelmetallen, Juwelen, Kostbarkeiten aller Art.

Insgesamt hat die Kirche ein Vermögen von über einer Milliarde Goldschilling. Dementsprechend groß ist auch ihr Einkommen.

An der jüngsten Erhöhung der Getreidezölle verdient die Kirche in Oesterreich über sieben Millionen Schilling. Auch an der Mietzinsserhöhung am 1. August war sie mit einem gewaltigen Gewinn beteiligt.

Zu all dem bekommen die Pfaffen noch jährlich in der Form der Kongrua 16 Millionen vom Staat aus den Taschen der arbeitenden Masse.

Angeblich gibt es in Oesterreich bei den Besitzenden nirgend etwas zu holen. Nun bei der Kirche gibt es genug zu holen: Abschaffung der Kongrua! Verwendung der 16 Millionen Schilling für die Arbeitslosen! Entschädigungslose Enteignung des Kirchenvermögens zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mittels großer produktiver Arbeiten!

Arbeit und Brot!

Um die Magazine zu leeren, um die Warenvorräte zu lichten, beginnt die Bourgeoisie nunmehr ganze Produktionszweige stillzulegen. Das Stilllegen und Zusammenlegen von Betrieben geht in allen Ländern ununterbrochen weiter, und zwar gesteigert. Die Zahl der Arbeitslosen schwillt immer weiter an und wird noch mehr anschwellen. Auch in Oesterreich. Denn was bedeutet die „Rekonstruktion“ der Kreditanstalt anderes, als daß eine ganze Anzahl von Betrieben stillgelegt, die anderen zusammengelegt, daß viele tausende, zehntausende Arbeiter aufs Pflaster fliegen? Um die Stilllegung von Betrieben zu verhindern müssen wir der Rothschild-Sanierung die Mittel bewilligen, so begründete die Sozialdemokratie vor Wochen ihre Rothschild-Politik. Nun entlarvt sich diese Riesen-

lüge, denn trotz der Milliardenopfer aus den Taschen der Masse für Rothschild wird jetzt eine ganze Reihe von Betrieben des Kreditanstaltskonzerns gesperrt. Zugleich treiben die Kapitalisten den Raub an den Arbeitern weiter, den Raub an den Arbeitslosen, den Raub an den Löhnen. Überall unterstützt von der Sozialdemokratie. In England «spart» die sozialdemokratische «Arbeiter»regierung 750 Millionen Schilling an den Arbeitslosen und ebensoviel an den Staatsangestellten. In Deutschland werden mit Hilfe der SPD den Angestellten aller Gemeinden 10 Prozent vom Lohn geraubt. Und in Oesterreich treibt die Sozialdemokratie denselben Lohnraub an den Angestellten der Gemeinde Wien wie die Bourgeoisie in Betrieb und Staat.

So suchen die Kapitalisten mit allen Mitteln die Krise auf Kosten der arbeitenden Massen zu überwinden, in der Rechten an der Kette den faschistischen Blutbund, in der Linken am Gängelband den sozialdemokratischen Lakaien. Aus dieser furchtbaren Not helfen den Massen keine kleine Mittelchen. Nur große, einschneidende Eingriffe können den gepeinigten Millionenmassen in Stadt und Dorf Erleichterung schaffen. Allgemeine, dauernde Kürzung der Arbeitszeit, ausnahmslos in allen Betrieben bei vollem Lohn. Als erste Etappe allgemeiner Siebenstundentag! Inangriffnahme großer produktiver Arbeiten: Ausbau der Wasserkraft, Elektrifizierung der Bahnen, Urbarmachung des Oedlandes, Ausbau der Straßen, Wohnungsbau, Regulierung der Flüsse! Schaffung der dazu nötigen Mittel durch entschädigungslose Enteignung des gesamten Kirchenvermögens und durch schärfste Besteuerung der Reichen! Einstellung sämtlicher Arbeitslosen in die Produktion!

Gemeinde-„sozialismus“

Bürgermeister Seitz hat angekündigt, daß die Gemeinde Wien gezwungen sein werde, Abbaumaßnahmen zu treffen, da sie sich in Geldschwierigkeiten befinde.

Wien, dieses «Bollwerk des internationalen Sozialismus», in Geldschwierigkeiten! Wien ohne Geld, trotz der «genialen» Steuerpolitik des «Finanzheroen» Breitner! Wie konnte das kommen?

Bei der Abgabenteilung nahm der Bund der Gemeinde Wien 42 Millionen Schilling (mit Zustimmung der sozialdemokratischen Abgeordneten!). Diese 42 Millionen fehlen jetzt. Um dieses Loch im Gemeindegürtel zu stopfen, kündigte Breitner schon vor einigen Monaten an, «man müsse jetzt von einer wahren Sparwut befallen werden». Diese Sparwut hatte ihre ersten Anzeichen darin, daß die Gemeinde den Kapitalisten die Luxus- und die Inseratensteuer und andere Abgaben ermäßigte und — den Straßenbahnen den Lohn senkte. Die «rote» Gemeinde Wien stellte damals die Straßenbahner vor die Wahl, entweder Kurzarbeit (unbezahlte Urlaubstage) oder Abbau! Die Frage war so demagogisch gestellt, daß es aussah, als ob die Straßenbahner, die gegen die Kurzarbeit stimmten, für den Abbau wären. Zwei Drittel der Straßenbahner stimmte für die Kurzarbeit. Die Kurzarbeit wurde eingeführt. Und jetzt, Monate nachher, kündigt die Gemeinde Wien doch den Abbau an!

Die Straßenbahner, die Gemeindeangestellten waren seit jeher ein Mittel der sozialdemokratischen Politik, einen Teil der Arbeiter gegen die anderen Arbeiter auszuspielen und umgekehrt. Indem die Sozialdemokratie einem Teil der Gemeindeangestellten etwas bessere Lebensbedingungen schuf, indem sie ihre profe-

tarische Lebenshaltung gegen eine beinahe kleinbürgerliche umtauschte, sicherte sie sich eine treue Gefolgschaft für ihre kleinbürgerliche, dem wahren proletarischen Interesse hohnsprechende Politik. Die Sozialdemokratie spielte die Gemeindeangestellten gegen die übrige Arbeiterschaft genau so aus, wie sie die nationalen Unterschiede in der Arbeiterklasse, die Jugend gegen das Alter, die Arbeitslosen gegen Arbeitende ausspielt und umgekehrt. Nun spielt sie die übrigen Arbeiter gegen die Gemeindeangestellten aus, indem sie darauf hinweist, daß überall abgebaut wird, die Gemeinde also auch abbauen müsse usw.

Für die Kapitalisten — Steuerermäßigungen. Präzise: für die Arbeiter Senkung des Lohneinkommens und Personalabbau. So schaut sie aus, die sozialdemokratische Politik.

Mögen nun auch die Straßenbahner, mögen alle bei der Gemeinde Wien Angestellten erkennen: Sozialdemokratische Politik, das ist nicht Politik für, das ist Politik auf Kosten, auf dem Rücken der Arbeiter. Mögen sie erkennen, daß für sie das kapitalistische Regime genau so verderblich ist, wie für alle Arbeiter, und daß ihr Platz nur sein kann in den Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft unter Führung einer gesunden kommunistischen Partei.

Die Straßenbahner, die Gemeindeangestellten müssen sich geschlossen zur Wehr setzen. Sanierung der Gemeinde nicht auf Kosten der Straßenbahner und sonstigen Angestellten der Gemeinde, sondern auf Kosten der Kapitalisten!

Entschädigungslose Aufteilung des enteigneten Acker- und Wiesensbodens auf die Landarbeiter und landarmen Bauern! Entschädigungslose Ansiedlung der Landarbeiter und landarmen Bauern auf dem urban gemachten Oedland! Umstellung der gesamten Produktion: Produktion nicht mehr für den Profit der kapitalistischen Räuber und Parasiten, sondern Produktion für die Bedürfnisbefriedigung der arbeitenden Massen in Stadt und Dorf! Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte! Überwindung der Krise auf Kosten der Kapitalisten! Arbeit und Brot allen Arbeitenden in Stadt und Dorf! Die Mittel sind vorhanden, die das ermöglichen. Die Macht ist vorhanden, das zu erzwingen: Die Macht der Masse. Nur müssen die Massen diese Macht in die Waagschale werfen: Durch unversöhnlichen Kampf gegen die kapitalistischen Räuber! Durch schonungslosen Kampf gegen die faschistischen Banditen! Durch vollkommenen Bruch mit den sozialdemokratischen Lakaien, diesen Pharisäern, die mit scheinheiligen Phrasen die Arbeiter lähmend, die Fortsetzung der kapitalistischen Raubwirtschaft ermöglichen, die ihnen dafür als Judaslohn kleinbürgerliche Existenzbedingungen einräumt! Durch Schaffung von Kampfkomitees in allen Betrieben und Arbeitslosenstellen! Durch Schaffung der revolutionären Führung für den gesamten Massenkampf mittels Gesundung der kommunistischen Partei!

Streikwelle in Spanien

Der Rausch der allgemeinen Begeisterung ist verfliegen. Die Massen sind nicht gewillt, sich abspenken zu lassen durch die schönen Phrasen und Gesten der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition, sie verlangen Besserung ihrer Lage. Eine ansteigende Welle großer Streiks fegt über Spanien, sich immer mehr zu politischen Kämpfen auswachsend. Die Sozialdemokratie steht stramm auf der Seite der Kapitalisten gegen die Arbeiter und betreibt aktiv zusammen mit der Bourgeoisie die Entwaffnung der Arbeiterschaft planmäßig mittels militärischer Expeditionen. Die Massen beginnen aus der durch den Kampf gewonnenen Erfahrung zu erkennen die verräterische Rolle der Sozialdemokratie und die Unfähigkeit des Anarcho-Syndikalismus, den Kampf wirksam zu führen. Bei dem vollständigen Bankrott des Stalinismus in Spanien ist die kommunistische Sache in die Hand der Linksoption gelegt, die ihr äußerstes tut, um ihre Aufgabe zu erfüllen. In der Tat macht die spanische Opposition merkbare Fortschritte. Der spanischen Revolution naht ein kritisches Stadium. Sie wird es überwinden und auf höherer Stufe weitergehen, der Weltrevolution neuen Anstoß gebend.

„Goldpengö“

Horthydiktatur wankt

Die ungarische Regierung hat eine Verordnung herausgegeben, wonach alle privatrechtlichen Geldforderungen — wie Einlagen, Kontokorrent- und Scheckguthaben, sowie Steuern, Gebühren und die Bezüge der öffentlichen Beamten, sich in Goldpengö verstehen. Der Papierpengö soll nur zu Lohnzahlungen an die Arbeiter dienen. Also eine Währung für die Kapitalisten und deren Handlanger und eine für die Proleten.

Doch auch diese Gaunerei versagt unter dem ungeheuren Druck der Wirtschaftskrise, insbesondere der Agrarkrise. Die französischen Imperialisten haben Geld herbeigeholt unter der Bedingung, daß Ungarn sich auf Frankreich orientiert, Bethlen mußte gehen. Die Gärung unter den Massen vertieft sich außerordentlich. Die Horthy-Diktatur wankt!

Nach dem „Roten Volksentscheid“

Schwere Niederlage der KPD, schwerste Schädigung der Arbeiterklasse, der Proletarischen Revolution, der Kommunistischen Partei durch den Stalinismus

9,297.000 Stimmen hat die faschistische Reaktion bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 um sich gesammelt. 3,141.000 Stimmen erhielt damals die KPD. Zusammen gibt dies 12,438.000. Und bloß 9,800.000 Stimmen verzeichnet der «Rote Volksentscheid». Um 2,638.000 Stimmen weniger!

Gewiß sind auch faschistische Wähler ferngeblieben, so insbesondere Teile der Deutschen Volkspartei. Aber es ist hoch, sehr hoch gegriffen, wenn man die ferngebliebenen faschistischen Stimmen mit einer Million einschätzt. 1,638.000, mehr als die Hälfte der kommunistischen Arbeiterwähler hat der KPD glatt die Gefolgschaft versagt.

Warum haben die Faschisten den Volksentscheid angekurbelt? Das unmittelbare Ziel war, die Preußenregierung zu stürzen. Aber das Hauptziel war mit und ohne Sturz der Preußenregierung die faschistische Massenbewegung zu steigern zur Vorbereitung der faschistischen Machtergreifung.

Welches immer die Absicht des «Roten Volksentscheides» war, in ihrer Wirkung hat die stalinische Politik in Deutschland dem blutigsten Klassengegner der Arbeiterschaft, dem Faschismus, Hilfe geleistet gegen die Arbeiter, gegen die proletarische Revolution, gegen die Kommunistische Partei!

Es ist nicht Schuld des Stalinismus, daß der Faschismus mit dem Volksentscheid nicht all das erzielt hat, was er jetzt erzielen wollte. Die mehr als eineinhalb Millionen kommunistischer Arbeiter, die der Stalinparole nicht gefolgt sind, weil sie die verräterische Wirkung der Stalin-Taktik erkannt, haben das verhindert.

Über eineinhalb Millionen kommunistischer Arbeiter von der Partei weggestoßen! Das ist die erste Wirkung dieser Taktik. Zurückgestoßen in die Arme der verräterischen Sozialdemokratie! Ausgezogen ist Stalin, der Sozialdemokratie einen entscheidenden Stoß zu versetzen, und gestärkt hat er den Faschismus und — die Sozialdemokratie. Geschlagen hat

Stalin — die Kommunistische Partei.

Die Hunderttausende, die Millionen von Arbeitern innerhalb der Sozialdemokratie, die immer deutlicher fühlen, daß die Sozialdemokratie ihren Klasseninteressen zuwiderhandelt, diese Millionen, die sich unter dem Druck der Ereignisse zur Kommunistischen Partei entwickeln, der verräterische Hieb Stalins liefert sie wieder aus dem sozialdemokratischen Verrat.

Die deutsche Bourgeoisie ist in einer außerordentlich kritischen Lage. Nur mittels entsetzlicher Operationen, die den Arbeitern buchstäblich das Mark aus den Knochen pressen, ist sie imstande, das kapitalistische System vorübergehend zu retten. Und mitten drin streckt Stalin die einzige Kraft, die den kapitalistischen Sanierungsplan bekämpfen könnte, die Kommunistische Partei nieder, isoliert sie von den großen Massen, erleichtert es der Bourgeoisie, die Verfolgung der Kommunistischen Partei verschärft vorzutreiben, deren Verbot vorzubereiten. Brünnling geht daran, seine «demokratische Diktatur» nach rechts zu erweitern, durch Heranziehung der Deutschnationalen bei Unterstützung der SPD in Reservestellung, aus der sie offen in die Regierung erst herangezogen werden soll, bis die Not am höchsten. All diese Pläne erleichtert die stalinistische Taktik.

Die Taktik des «Roten Volksentscheides» wurde der KP von Stalin anbefohlen. Der «Aufbau des Sozialismus in einem Lande» würde jetzt durch eine revolutionäre Entwicklung in Deutschland gestört werden, verkündet Stalin und zwingt die KPD die außerparlamentarische Massenaktion abzublenden und die Linie des parlamentarischen Kretinismus zu betreten, die Linie des Volksentscheides. Und auf der parlamentarisch-kretinistischen Linie zwingt Stalin die KPD für den faschistischen Volksentscheid einzutreten, weil er abenteuerlich eine Entwicklung erwartete, die ihm für den «Aufbau des Sozialismus in einem Lande» mehr Luft schaffen sollte. Wie immer, hat das stalinistische Abenteuer mit einer Katastrophe geendet, mit einer Katastrophe für die Arbeiterklasse, für die

proletarische Revolution, für die Kommunistische Partei. Ohne Zweifel sind die von Stalin an die Spitze der KPD gesetzten Führer ausgemachte Schurken. Aber diese Schurken sind bloß Werkzeuge Stalins, des Stalinismus, des stalinistischen Nationalsozialismus. Nur wenn die Arbeiter und vor allem die Kommunisten das erkennen, nur dann wird es möglich sein, den ungeheuren Schaden der deutschen Katastrophe wettzumachen: durch Ueberwindung des Stalinismus, durch Gesundung der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale im Zeichen des internationalen revolutionären Realismus von Marx und Lenin.

SP läßt die Jungen nicht aufkommen

Trotz der vielen «Spiele ohne Brot», trotz allen sportlichen Klümmens beginnt in den Köpfen vieler junger Arbeiter das Gefühl aufzusteigen, daß es mit der SP nicht stimmt. Die ersten von ihnen formulieren ihre erste oppositionelle Regung so, daß sie sagen, «die SP läßt die Jungen nicht aufkommen». Man muß unterscheiden: Die Söhne und Töchter der kleinbürgerlichen Elemente in der SP kommen in und durch die Partei ausgezeichnet vor, trotzdem sie jung, oft sehr jung sind, weil sie — kleinbürgerlich sind. Die jungen Arbeiter läßt die SP nicht aufkommen, nicht weil sie jung sind, sondern weil sie — Arbeiter sind. Die SP ist eine kleinbürgerliche Partei. Sie ist ein Instrument in der Hand der Kleinbürger, die alle Kommandostellen in Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft usw. in der Hand haben und die Kraft der sozialdemokratischen Arbeiter ausnützen für das Kleinbürgertum. Der Arbeiter, auch der junge Arbeiter, kann in und durch die SP nur aufkommen — wenn er selbst Kleinbürger wird, also seine Klasse, die Arbeiterklasse, preisgibt und auf ihrem Rücken emporklettert, so wie vor ihm die sozialdemokratischen Kleinbürger. Allein, das können schließlich nur Einzelne, nur verhältnismäßig wenige, die Masse der Arbeiter kann das nicht. Die Arbeitermasse kann sich helfen nur auf Kosten der Kapitalisten, also nur gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus und — gegen die Sozialdemokratie.

Trotzki zu Stalins Wendung

Stalins Rede auf der Wirtschaftlerkonferenz vom 23. Juni ist von außerordentlichem Interesse. Zwischen dem verworrenen Gewebe der Rede drängen Tatsachen hervor, die sich nicht länger verschweigen lassen. Diese Tatsachen verleihen der Rede ihren eigentlichen politischen Sinn.

Der Fünfjahresplan in vier Jahren.

Wir erfahren aus der Rede, daß die Erfüllung des industriellen Planes ein «buntes Bild» darstellt. Es gibt Zweige, die in fünf Monaten eine Steigerung um 40 Prozent gegenüber der entsprechenden Periode des Vorjahres ergeben, Zweige, die um 20 bis 30 Prozent wuchsen, endlich Zweige mit bloß 6 bis 10 Prozent und weniger Zuwachs. So heißt er erwähnt Stalin, in die letzte Kategorie gehören die Kohlenindustrie und die Rohmetallurgie, das heißt, die eigentliche Basis der Industrialisierung. Welches ist die Wechselziehung zwischen den verschiedenen Teilen der Wirtschaft? Darüber keine Antwort. In dem hängt von der Beantwortung dieser Frage das Geschick des Fünfjahresplanes ab. Bei falscher Berechnung der Teile kann ein Hausbau dem dritten oder vierten Stockwerk einstürzen. Bei falscher Planung oder, was noch wichtiger, bei falscher Regulierung des Planes im Verlaufe seiner Durchführung kann die Krise erst am eigentlichen Ende des Fünfjahresplanes zur Entfaltung kommen und unüberwindliche Schwierigkeiten für die Ausnützung und Entwicklung seiner unzweifelhaften Erfolge schaffen. Stalin aber verdeckt die Tatsache, daß die Schwerindustrie anstelle von 30 bis 40 Prozent lediglich 6 Prozent «und weniger» Zuwachs zeigt, mit der nichtssagenden, abgeschmackten Phrase: «Das Bild ist bunt».

Der gleichen Rede entnehmen wir, daß ein Reihe von Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen man seit langem schon (!) aufgehört hat zu rechnen, zu kalkulieren, belegte Bilanzen über Einnahmen und Ausgaben zusammenzustellen. Liest man diese Zeilen, so traut man seinen Augen nicht: Wie denn? Wornin besteht dann wohl eigentlich die Leitung der Industrie, wenn ihre Wirksamkeit nicht in immer präziserer Weise gemessen und überprüft wird? Hier weiter heißt, daß «das Wirtschaftsregime ... Rationalisierung der Produktion seit langem

schon (!) außer Mode gekommen ist». Ja verhöhnt denn der Redner die eigenen Worte? Klingt das nicht wie eine ungeheuerliche Verleumdung der Sowjetwirtschaft und vor allem wie eine unbarmherzige Anklage an die Adresse der obersten Leitung? «Es ist Tatsache», setzt Stalin fort, «daß in letzter Zeit der Kostenaufwand einer ganzen Reihe von Unternehmen zu steigen begonnen hat. Wir wissen, was bei Stalin solche Wörtchen, wie irgendwas, ein einer ganzen Reihe von Unternehmen» bedeuten. Das besagt, daß der Redner sich vor den Tatsachen fürchtet, sie vertuscht und herabmindert. Unter den Worten «in einer ganzen Reihe von Unternehmen» verbirgt sich die Schwerindustrie: mit 6 Prozent statt 40 Prozent Steigerung jagt sie gleichzeitig den Kostenaufwand in die Höhe und untergräbt so die Möglichkeit ihres weiteren Wachstums. Als Zugabe zeigt sich dabei, daß die Kalkulation beiseitegeschleudert und die Rationalisierung außer Mode gekommen ist. Drängt sich nicht der besorgniserregende Schluß auf, daß die wirkliche Lage noch düsterer aussieht als sie der Redner schildert?

Wie konnte es denn dazu kommen? Warum und wie wurden Rechnungszug und Vorschlag beiseitegeschleudert? Stalin schweigt dazu. Seit wann fährt man die Mauern des Wirtschaftsplanes nicht nach dem Richtlot, sondern nach dem Auge auf? Mit der ihm eigenen Genauigkeit antwortet Stalin: «Seit langem schon». Haben denn die Führer nicht aufgepaßt? Stalin schweigt. Wir antworten für ihn. Die Kalkulation, die auch vorher nicht ideal gewesen war, denn der Sowjetstaat hatte erst begonnen, Vorschläge in gesamtstaatlichem Ausmaße aufzustellen, wurde vollkommen beiseitegeschleudert von jener Zeit an, wo die bürokratische Führung an Stelle marxistischer Analyse der Wirtschaft und geschmeidiger Regulierung nacktes administratives Anpeitschen gesetzt hatte. Die Wachstumskoeffizienten sind zu einer Frage bürokratischen Prestiges geworden. Was soll da Kalkulation? Ein Heros wurde jener Direktor und Trustvorsitzende, der den Plan «einholte und überholte», dabei das Budget plünderte und unter die benachbarten Wirtschaftszweige in Form schlechter Produktionsqualität legte. Der Wirtschaftler hingegen, der sich bemühte, alle Elemente der Be-

triebsführung richtig in Einklang zu bringen, aber die allerheiligsten bürokratischen Rekorde nicht erlagte, geriet auf Schritt und Tritt in die Kategorie der Strafbaren. Jetzt hören wir von Stalin, daß in der Industrie eine «papierene, ununterbrochene Arbeitswoche», «papierene Erfolge», eine «papierene» das heißt lügenhafte Rechnungslegung herrscht. Hat nicht die Opposition in jeder Nummer ihres Bulletin davor gewarnt, daß der nackte administrative Druck unter seine Betheile viel eher die Rechnungslegung, als die Produktion selbst zwingen könne; die Verwaltungsziffern sind geschmeidiger als Stahl und Kohle. Haben wir nicht zudemmal geschrieben, daß Stalin je weiter desto mehr den Fünfjahresplan mit abgeblendeten Lichtern lenkt? Das hat man natürlich eine kontrevolutionäre Verleumdung genannt. Alle Hohlköpfe, alle Schlauberger schrien über den «Defaitismus» der Linksoption. Aber was bedeutet denn der Satz: «Man hat seit langem schon aufgehört zu rechnen, zu kalkulieren» anderes, als daß die Apparate die Lichter abgeblendet haben? Wenn seit langem, warum hat der Obermechaniker so lange geschwiegen? Wir schreiben doch schon seit zwei Jahren von abgeblendeten Lichtern. Es fragt sich: kann man krasser, kategorischer über den eigenen Bankrott schreiben? Ist es nicht klar, daß die Umstellung des Fünfjahresplanes auf vier Jahre ein Akt leichtsinnigsten Abenteuerismus war?

Die Hauptfolgerung ist vollkommen genau im Plattformentwurf der internationalen Opposition dargelegt: «Die administrative Jagd nach «maximalen» Tempos muß Platz machen der Ausarbeitung optimaler (vorzuziehender) Tempos, die nicht eine zur Schau getragene Erfüllung des heutigen Befehls garantieren, sondern beständiges Anwachsen der Wirtschaft auf den Grundlagen des dynamischen Gleichgewichtes, bei richtiger Verteilung der inneren Mittel und breiter planmäßiger Ausnutzung des Weltmarktes.»

Die Frage der Arbeitskraft.

Stalin berichtet, zum ersten Male mit solcher Deutlichkeit, der Durchführung des Planes stelle sich der Mangel nicht nur an qualifizierten Arbeitern, sondern an lebendiger Arbeitskraft überhaupt entgegen. Den Kernpunkt in seiner Rede nimmt die Tatsache ein, daß die Industrie

Fluktuation der Arbeitskraft untergraben werde, durch deren «allgemeine» Bewegung von Betrieb zu Betrieb. In der Zeit, da der Zustrom aus dem Dorfe in die Stadt vollkommen ausgesetzt hat, ist die Fluktuation innerhalb der Industrie und zum Teil auch aus der Industrie heraus ungeheuerlich angewachsen. Stalin berichtet uns, daß in der Mehrzahl der Betriebe der Arbeiterbestand im Laufe eines halben oder sogar eines viertel Jahres mindestens um 30 bis 40 Prozent wechselt. Diese Ziffer, die, ginge sie nicht von Stalin aus, einem unwahrscheinlich dünkte, sieht besonders bedrohlich aus, wenn man jenen administrativen Kampf in Betracht zieht, den die Gewerkschaftsbürokratie gemeinsam mit der Partei und den Sowjets gegen die Fluktuation während des letzten Jahres geführt hat. Ein Spruchwort sagt: Wenn es wohl geht, der bleibt bei seinem Herde. Das Wachsen der Fluktuation bedeutet, daß unter den im dritten Jahre des Fünfjahresplanes herausgebildeten Bedingungen die Massen nicht wohl ist.

Der Hauptgrund für die Fluktuation erblickt die Bürokratie in einem falschen Arbeitssystem, in dessen unregelmäßiger Nivellierung. Wie man auch dieses Problem lösen mag — wir werden weiter unten darauf zurückkommen — an und für sich erschöpft es in keiner Weise das Problem der Fluktuation. Wenn im Laufe eines halben und sogar eines viertel Jahres die Arbeiter eines Unternehmens sich «zumindest um 30 bis 40 Prozent erneuern, bedeutet dies, daß im Zustande des ewigen Umsiedelns sich nicht nur die qualifizierten Spitzen, sondern die gesamten Arbeitermassen überhaupt befinden. Nach Stalins Worten setzt der Arbeiter sich das Ziel «ein wenig zu schaffen und dann auf und daranzugehen, in irgendeiner anderen Stelle sein Glück zu suchen». Hier, eben in diesem gütigen, im Wesen aber tragischen Satz tritt Stalin, ohne es zu merken, an den Hauptmangel des Fünfjahresplanes heran:

die grobe Verletzung des ökonomischen Gleichgewichtes zu Schaden der Arbeiter. Man eröffnet gewaltige Elektrostationen, Betriebe, schleudert Maschinen, Traktoren heraus, kollektivisiert das Dorf, die Proletarier aber, die die Hauptsache dieses ganzen gigantischen Prozesses bilden sollten, nomadisieren in dieser Zeit von Stelle zu Stelle auf der Suche nach dem «Glück». Nein, der Zufluß der Arbeiter aus dem Dorfe in die Stadt

Was ist in Graz zu tun?

Immer wieder kommen junge und alte Parteigenossen zur Opposition, die am Schluß langer Diskussionen, wenn sie von unseren Genossen ideologisch an die Wand gedrängt worden sind, die Frage aufwerfen: „Ja, was sollen wir denn in Graz tun, um die K. P. vorwärts zu bringen?“ In der Beantwortung dieser dutzende Male gestellten Frage muß man vorerst einmal feststellen, daß es eine spezifisch „steirische“ Lösung dieser Frage überhaupt nicht gibt. Man kann diese Frage aus ihrem internationalen Komplex überhaupt nicht herausreißen. Die Parteigenossen müssen erkennen, daß grundlegend Schuld an allen, auch in hohem Maße an lokalen Fragen, der Stalinismus ist. Ohne Erkenntnis dieser elementarsten Tatsache ist an eine Lösung der Frage überhaupt nicht zu denken. Die Verheerungen, die Stalins Nationalsozialismus in den Parteien und Arbeiterhirnen der ganzen Internationale angerichtet hat, mußte sich logischerweise auch in Oesterreich auswirken. Somit auch in Graz.

Auf die Dauer kann die KP in Graz nur vorwärts kommen, wenn sie sich in allererster Linie von der stalinischen Theorie befreit und gemeinsam mit der Linksoption an die Lösung aller politischen und organisatorischen Fragen geht. Politisch müssen sich die Genossen vollständig abwenden von den Phrasen des „Volksstrumes“ und ähnlichem nationalem, unproletarischem (Schmus) und müssen ihr Antlitz wenden zu den Thesen und Parolen des revolutionären Marxismus, wie ihn Karl Marx und Lenin lehrten.

Vor allem hat die Grazer KP Schluß zu machen mit der Radaupolitik, die das Ansehen der Partei schwer kompromittiert und die nie imstande ist, das Vertrauen der sozialdemokratischen Arbeitermassen zu gewinnen. Mögen sich die Genossen das Frohleitenerlebnis als Lehre dienen lassen, wie so viele andere Begebnisse. Hand in Hand mit der Radaupolitik geht eine direkt verbrecherische Schlußfolgerung. Alle Parteiaktionen müssen genau und gewissenhaft vorbereitet und ausgeführt werden. Die Grazer KP macht monatelang überhaupt nichts, um sich an einem Tag dann zerreißen zu wollen.

Hier werden die allergrößten Fehler gemacht. Daß es ein Verbrechen ist, tausende Flugblätter wegwerfen zu müssen, weil sie schlampigerweise zu spät kamen (R. G. O.), braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Schluß mit den sozialfaschistischen Phrasen! Man muß energisch daran gehen, das sozialdemokratische Proletariat zu gewinnen. Das kann man nur durch Aufzeigung der kleinbürgerlichen, arbeitfeindlichen Politik der Sozialdemokratie und nicht dadurch, daß man bei Arbeitslosendemonstrationen Schutzbündler, die im Begriff sind, sich mit der KP zu solidarisieren, als Sozialfaschisten beschimpft und zu verprügeln droht. Das Hauptaugenmerk muß auf die sozialdemokratischen Arbeiter gerichtet sein. Davon müssen wir uns auch in der Gewerkschaftsarbeit leiten lassen. Die schweren Fehler vom Weitzer und vom Wetzelsdorfer Wasserleitungsbau müssen liquidiert werden. Anstatt der Gewerkschaftsbürokratie den Ausschluß revolutionärer Genossen zu ermöglichen, anstatt die Kommunisten durch die falsche Taktik der RGO von den Massen zu isolieren, müssen wir laut leninistischer Parole innerhalb der Gewerkschaft, in den Betrieben den Arbeitermassen den bürgerlichen Charakter der Sozialdemokratie beweisen und gemeinsam mit den sozialdemokratischen Proleten den Kampf für Löhne, soziale Errungenschaften usw. führen.

Anstatt nörgelnd im Hintergrund zu stehen oder alles zusammenreibende, hirnverbrannte Aktionen, die vom Anfang an dem Untergang geweiht sind, zu organisieren, müssen wir Kommunisten, in realer Einschätzung der Verhältnisse mühe- und unentwegt die Sache der Arbeiter vertreten.

Anstatt mit den Hitler-Leuten zu liebäugeln, muß die KP in Graz darangehen, gegen den Faschismus eine antifaschistische Kampforganisation zu schaffen gemeinsam mit der Linksoption. Die Grazer Leitung über Arbeiterwehr, die schon oft bewiesen hat, daß sie zu selbständiger Arbeit unfähig ist (allein das Wasick-Flugblatt genügt, das zu beweisen), hätte hier eine Möglichkeit ihre Existenzberechtigung zu beweisen.

Alle diese Probleme aber können nur durchgeführt werden, wenn die Partei von den Elementen, die sich der Gesundung der Partei entgegenstellen, gereinigt wird. Alle Genossen, die es aber ehrlich mit dem Kommunismus meinen, müssen sich entscheiden:

Entweder mit der stalinistischen Bürokratie weitergehen und die KP in einem dämmernden Zustand des Vegetierens halten —

oder mit der kommunistischen Linksoption die Läuterung der KP durchführen, um mit einer klaren, realen KP den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse aufzunehmen.

E. Kernmayr.

Die Teuerung

Seit Anfang Juni wurde der Laib Brot um 120 Gramm leichter und um vier Groschen teurer, teurer wurde das Kleingebäck, das Mehl, Salz, Zucker, teurer wurde das Fleisch, Kaffee und Tee, Mietzins und Tabak. All das in acht Wochen. Das Ergebnis dieser Teuerungswelle ist die Senkung der realen Kaufkraft des Durchschnittslohnes um fünfzehn Prozent.

Und nun verlangen die kapitalistischen Räuber eine weitere Brotpreiserhöhung um sechs Groschen. Die Weltgetreidernte ist heuer noch weit günstiger als in den Vorjahren. Und da wagen die Brotkapitalisten einen weiteren Griff in die Taschen der werktätigen Bevölkerung!

Sie können es ruhig wagen. Niemand ist hier, der den kapitalistischen Räubern entgegenzutreten würde. Die bürgerliche Regierung, die bürgerliche Parteien? Ihr Interesse ist das Interesse der Räuber. Die Sozialdemokratie? Die ist nicht gegen die Teuerung, weil sie ein Raubzug gegen die arbeitende Bevölkerung ist. Die Sozialdemokratie befürchtet nur, daß die Teuerung die Massen aufreizen, daß sie Ruhe und Ordnung gefährden könnte. Ja, die „Arbeiter-Zeitung“ gibt sich sogar als Anwalt der bürgerlichen Interessen, wenn sie schreibt, „daß auch die bürgerliche Regierung ein Interesse daran hat, diese neueste Teuerung zu verhindern.“ Und die Kommunistische Partei? Die Arbeiter, die die Kommunistische Partei kennen, wissen sehr gut, daß sie mit ihren stalinistischen Methoden, mit stalinistischer Führung, mit stalinistischer Politik keinen einzigen

Arbeiterkultur und „SPARTAKUS“

Sitz: XVI., Koppstraße 47, Gasthaus Fanowitz. Tel. U 30-6-58.

Jeden Freitag von 8 bis 10 Uhr abends. Ueber den Sommer entfallen die Bildungsabende.

30. August. Badeausflug: Hahnensiel. 6. September. Badeausflug: Eblinger Scheide. Zusammenkunft Endstation der Straßenbahn Gemeindegrenze beim Flugfeld Asperrn, 9 Uhr.

Angriff auf das Proletariat abwehren kann. Und die übrigen Arbeiter spüren das und kehren der Kommunistischen Partei den Rücken.

Im Herbst des Jahres 1911, als Bröt und Mehl um einige Heller teurer wurden, war das ganze arbeitende Wien auf der Straße, trotzdem der Habsburgerstaat gegen das Volk seine Armee aufbot und den Belagerungszustand über Wien verhängte. Im Herbst des Jahres 1931 stiehlt man den Arbeitern fünfzehn Prozent ihres Lohnes aus der Tasche und will das Brot zum zweitenmal verteuern. Nicht Raunen, nicht Jammern, nicht stilles Dulden hilft. Helfen können nur Massenaktionen zur Sanierung der werktätigen Massen auf Kosten der Kapitalisten!

Aus der Opposition

Erklärung

Hiemit ziehe ich meine Unterschrift unter der Erklärung der Gräf & Stift (RF vom 26. Juni) zurück. Ich habe den Schritt zur Partei in der ehrlichen Absicht gemacht, für die Einigung aller earnesten Kommunisten auf dem Boden der Lehren Marx und Lenins zu wirken. Nicht aber, mich blind zu unterwerfen, wie es die Gräf & Stift getan und seither in der Partei die Rolle der gedulden, stiefelenden Parias übernommen haben. Ich habe mich überzeugt, daß die Gesundheit der Partei und die Einigung aller earnesten Kommunisten nur im unveröhnlichen Kampfe gegen den bankrotten Stalinismus und die Stalin-Bürokratie erfochten werden kann. Ich kehre in die KPO (Opp.) zurück, um mitzukämpfen für die leninistische Gesundung der Partei, für die Einigung aller ehrlichen Kommunisten auf marxistisch-leninistischem Boden, für die Linie des internationalen revolutionären Realismus!

15. August 1931.

Richard Brauneis.

Bezirksorganisation Ottakring. Jeden Freitag Gruppenabend im Gasthaus Fanowitz, XVI., Koppstraße 47. Beginn 8 Uhr. Preisfonds. Hk. I S.

Eigentümer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stupitschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: „Inva“, Wien, VII.

Suchens nach Glück! — besteht in der moralischen Abnutzung des Proletariats.

Die Vertiefung der Akkordarbeit löst an und für sich nichts. Sie kann nur eine Schicht besser gestellter Arbeiter aussondern. Das Bestreben, eine Betriebsaristokratie zu schaffen, entspricht, wie es besser nicht möglich ist, den Tendenzen und Griffen der Stalinschen Bürokratie. Auf dieser Ebene erweist sich die Akkordarbeit als rein politisches Mittel. In der Eigenschaft eines Allheilmittels beschließt sie die Evolution des Stalinismus. Die Tradition des Bolschewismus ist die Tradition des Kampfes gegen die aristokratischen Kasten in der Arbeiterklasse. Auf dieser Grundlage wurde die Diktatur des Proletariats errichtet. Das Programm der Stalinschen Bürokratie führt sie unvermeidlich zur Notwendigkeit, sich auf eine immer privilegierte Arbeiteraristokratie zu stützen. Hier verbirgt sich eine unmittelbare politische Gefahr für die Diktatur des Proletariats!

Im Wege individueller Offenbarung

Die neue Politik wird angekündigt wie die gestrige verkündet worden war: im Wege individueller Offenbarung. Wir erfahren von Stalin, daß man zu Fünftagewoche „allzu schnell, ohne Vorbereitung der entsprechenden Bedingungen“ übergegangen war. Welche Resultate erhielt man? Stalin muß sie bezeichnen als „Fehlen des Verantwortungsgedürhs für die Arbeit, fahrlässiges Verhalten dem Mechanismus gegenüber, massenhafte Beschädigung der Werkbänke und fehlenden Antrieb zur Hebung der Arbeitsproduktivität.“ Stalin verallgemeinert dies alles in einem Satz: „Niemand will für etwas die Verantwortung tragen.“ Ein mörderisches Bekenntnis. Besser: ein selbstmörderisches Bekenntnis. „Niemand will für etwas die Verantwortung tragen.“ So pflegt es stets zu sein, wenn einer für alle die Verantwortung tragen will.

Die Fünftagewoche war zu rasch eingeführt worden. Wer aber hat sie eingeführt? Das Generalsekretariat. Hat man die ununterbrochene Woche unter den Arbeitermassen vor der Einführung diskutiert? Nicht die geringste Spur. Alles ist im stillen vorbereitet worden. Die Massen begriffen die ununterbrochene Woche „mit Entzücken“, wie die Dienstretolunen meldeten. Geht denn jetzt die Sache anders vor sich? Haben doch noch bis zum gestrigen Tage all die Nöte, von denen Stalin nachträglich

spricht, keinerlei Behandlung in der Presse gefunden. Wir haben schon mehr als einmal gesagt und geschrieben, daß bei der Stalinschen Bürokratie alles ausgezeichnet geht, noch fünf Minuten bevor es schlecht zu gehen beginnt. Während er die verderblichen Folgen der bürokratischen „Ununterbrochenen“ aufzählt, berührt Stalin gleichsam nebenbei die schmerzhafteste und gefährlichste Frage. „Man kann nicht zweifeln“, sagt er, „daß unsere Wirtschaftler all das genügend gut verstehen. Doch sie schweigen. Warum? Offenbar, weil sie die Wahrheit fürchten.“ Aber seit wann haben die Bolschewiken die Wahrheit zu fürchten begonnen? In diesen Worten erreicht der allgemein-bürokratische und der persönlich Stalinsche Zynismus seinen Höhepunkt. „Seit wann haben die Bolschewiken die Wahrheit zu fürchten begonnen?“ Seit jener Zeit, da der stumpfe, geistlose, ideenlose Stalinische Apparat die Fraktion der Bolschewik-Leninisten erdrosselt hatte. Genau seit dieser Zeit, die Wirtschaftler — nach Stalin — fürchten die Wahrheit! Welch treubruchige Formulierung! Nicht die Wahrheit fürchten sie, sondern für die Wahrheit zu leiden, denn Rakowsky, Sosnowsky, Muralow, Etlitzin, Grünstein, Kasparowa, Kossior und mit ihnen Hunderte und Tausende der besten Bolschewiki — jene, die die Wahrheit nicht fürchten und für sie einzustehen wissen — füllen Stalins Kerker und Verbannungs- und Ausweisungsorte. Hier liegt der Parteinotens des Problems!

Mit der Zertrümmerung der Linksoption hat die Stalin-Bürokratie die Partei erdrosselt. Es gibt nicht mehr jene lebendige, feinfühlig, geschmeidige und elastische Organisation, die eins mit dem Massen lebt, alles sieht, alles beobachtet, alles kritisiert, alles verallgemeinert, rechtzeitig die Gefahren erblickt und kollektiv neue Wege ausarbeitet. „Nachdem die zentralistische Bürokratie die Partei erdrosselt hat, d. h. ohne Augen und Ohren geblieben ist“, sagt der Platiomentwurf der internationalen Linksoption, „rückt sie tastend vor und bestimmt ihren Weg unter den unmittelbaren Strömen der Klassen, schwankend zwischen Opportunismus und Abenteuerismus.“ Noch mehr, die Furcht des Apparates selbst erreicht die Ebene einer solchen Spannung, wo niemand offen auf die Tatsachen zu blicken wagt und oben zu berichten, was er sieht. Die unteren Glieder singen und beten den oberen Gliedern nach. Und die oberen Glieder, nehmen dies Nachbeten und

singen für die Stimme des Lebens. Zur Ausarbeitung des Weges für die Durchführung der neuen Politik wird das Plenum der Zentralen Kontrollkommission zusammenberufen. Die höheren Beamten ziehen die niederen Beamten zum Beistand heran. Die einen wie die anderen sind von oben ernannt. Die einen wie die anderen sind durch Rangordnung und gegenseitige Haftpflicht gebunden. Und dieses Beamtenkontingent wird als höchster Ausdruck der Demokratie ausgegeben!

Würde denn die neue schroffe Wendung der Politik nicht die Einberufung eines

außerordentlichen Parteitag

rechtfertigen? Doch eben darin besteht ja die Sache, daß das Regime der individuellen Offenbarung (jedemal mit Verspätung von einigen Jahren) sich mit dem Regime der Parteidemokratie, sogar mit der Existenz selbst der Partei verträglich. Sollten also doch die Bolschewiki die Wahrheit fürchten? Der Name jenes Bolschewiken, der augenblicklich am meisten die Wahrheit fürchtet ist — Stalin. Sonst würde er bei der neuen jähren Wendung nicht den Kongreß, d. h. die Partei fürchten.

Wir erhielten in den letzten Monaten eine Reihe von Briefen, die eine Auswahl von Gesprächen wiedergaben, insbesondere auch mit der Parteibürokratie von verschiedenem Grade der Verköberung. In ihrer Mehrheit sind das fürchter erschrockene Menschen. Sie sehen und verstehen vieles, doch ihr Wille ist gebrochen. Ihre Philosophie ist die Philosophie der Anpassung. Am häufigsten erklären sie uns: „Ihr sprecht vom Parteiregime. Es ist unbedingt drückend. Das anerkennen alle. Aber offenbar geht es nicht anders. Ohne eine eiserne Hand werden wir die Schwierigkeiten nicht überwinden. Eure Kritik an den Fehlern Stalins ist im allgemeinen richtig, und die Ereignisse werden sie letzten Endes bestätigen. Wir machen uns durchaus keine Illusionen in bezug auf Stalins Gewiß, er wird nicht die Sterne vom Himmel herunterholen; intellektuell ist dies ein mittelalterlicher Mensch, theoretisch ungenügend vorbereitet, ohne breiten Horizont. Das fühlen wir nicht selten auf unserem eigenen Buckel. Doch er besitzt unersetzliche positive Eigenschaften: Härte, Widerstandsfähigkeit, Ausdauer. Ueberdies ist er mit dem Apparat verwachsen. Und was Sie auch sagen mögen, der Apparat ist jetzt alles.“ So sprechen sehr viele der Bürokraten. Ihnen scheint die Erdrosselung der Partei, so schmerzhaft sie auch sei, durch die Un-

stände gerechtfertigt und später ... später kommt der Sozialismus und alles wird wieder zurechtgestutzt.

Hier eben offenbart sich der grundlegende Fehler. Der Sozialismus ist kein fertiges System, das in vollendeter Gestalt einem einzelnen Kopf entspringen kann, und sei es auch der genialste Kopf. Die Aufgaben der richtigen Verteilung der Produktionskräfte und -mittel können nur gelöst werden auf dem Wege beständiger Kritik, Ueberprüfung ideellen Kampfes der verschiedenen Gruppierungen innerhalb des Proletariats. Lehnen wir die formale Demokratie ab, die in der kapitalistischen Umkreisung die Uebergabe der Schlüssel an den reichen und bis an die Zähne bewaffneten Feind bedeutete, so werden wir indes ohne

Klassendemokratie

nicht nur den Sozialismus nicht aufbauen, sondern auch die Diktatur des Proletariats nicht erhalten können. Die Stalinschen Zickzacks kommen teuer zu stehen und mit jedem Male immer teurer. Biß Narren und Blinde vermögen zu glauben, man könne den Sozialismus von oben oktroyieren, auf bürokratischem Wege einführen. Lauter als je zuvor warnen wir die fortschrittlichen Arbeiter der SSSR und der ganzen Welt: Der neue Zickzack Stalins, unabhängig davon, wie er sich in der nächsten Zeit entwickeln wird, führt unabwieslich zu neuen und noch schärferen Gegensätzen, schon in der kommenden Etappe. Man muß mit der Wiederbelebung der proletarischen Demokratie beginnen. Dies ist jetzt das entscheidende Glied der ganzen Kette. Man muß die Probleme der Wirtschaft in ihrem vollen Umfang der Partei und den Gewerkschaften zur Diskussion unterbreiten. Hierzu ist notwendig, daß die Bolschewiki aufhören zu fürchten, die Wahrheit auszusprechen. Das kann man nur erreichen, wenn man von jenen die Ketten nimmt, die für das Recht, die Wahrheit zu sprechen gekämpft haben und kämpfen. Man muß die linke Opposition (Bolschewiki-Leninisten) wieder in die Partei nehmen. Man muß die Diskussion über die Grundlage der Wirtschaft und Politik eröffnen. Man muß einen Parteitag auf der Basis der Parteidemokratie vorbereiten!

Kadiköy, den 15. Juli 1931.

L. Trotzki